

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 52 (1960)

Heft: 7-8

Artikel: Gewerkschaftliches Schweden

Autor: Jucker, Waldemar

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353943>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gewerkschaftliches Schweden

Vor einiger Zeit besuchte eine zehnköpfige schweizerische Gewerkschaftsdelegation unter den Auspizien der europäischen Produktivitätszentrale (AEP) während einer Woche Schweden. Das Reiseprogramm war vom Schwedischen Gewerkschaftsbund ausgearbeitet worden. Während ihres Aufenthaltes wurde die Gruppe von Funktionären des Gewerkschaftsbundes und des Metall- und Textilarbeiterverbandes betreut.

Die Besichtigungen und Referate folgten in «amerikanischem» Tempo aufeinander. Der nachfolgende Reisebericht sucht nur einen Teil dessen zu schildern, was der Delegation geboten wurde. Der AEP und den schwedischen Kollegen sei auch an dieser Stelle für die Hilfe und die Gastfreundschaft gedankt, die sie den schweizerischen Gewerkschaftern entgegenbrachten.

I. Runöskolen

Den ersten Tag des Besuches verwendeten unsere schwedischen Freunde darauf, uns in groben Zügen eine Uebersicht über die schwedische Gewerkschaftsbewegung zu geben. Als Gesprächsort hatten sie die dem Gewerkschaftsbund gehörende Internatsschule Runö gewählt, die etwa 30 km nördlich von Stockholm liegt.

Aufbau und Lohnpolitik des schwedischen Gewerkschaftsbundes (LO)

Rudolf Meidner, der Leiter der Wirtschaftsabteilung von LO, hielt das einführende Referat. Im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion stand vor allem die bekannte Zentralisation der schwedischen Lohnpolitik. Im folgenden soll versucht werden, unter Vernachlässigung der übrigen Teile der Aussprache vor allem darüber zu berichten.

Schon vor dem Ersten Weltkrieg herrschte in einem Teil der schwedischen Gewerkschaftskreise die Auffassung, daß die Lohnpolitik bis zu einem gewissen Grade systematisiert werden müsse. Die Gewerkschaften sollten nicht bloß eine markttechnische Institution sein, welche die ungünstige Verhandlungsposition des auf sich selbst gestellten Arbeitnehmers korrigiert. Außer den weitgehend durch die betrieblichen und lokalen Umstände gegebenen taktischen Verhältnissen müßten übergeordnete, allgemeine Interessen berücksichtigt werden, wie zum Beispiel die Wirtschaftslage des ganzen Landes oder einzelner Industrien, die sozialen Minimalforderungen der Gewerkschaftsbewegung als Ganzes sowie die verhandlungs-politische Stärke der gesamten Arbeiterbewegung.

Dies führte zunächst dazu, daß über Annahme oder Ablehnung eines Vertragsvorschlages in den einzelnen Verbänden ausschließlich die Zentralvorstände zuständig erklärt wurden. Wohl werden unter den Mitgliedern über Vertragsentwürfe noch immer in be-

grenztem Umfange Urabstimmungen durchgeführt. Diese tragen jedoch bloß konsultativen Charakter. Seit 1941 legen die Statuten von LO ausdrücklich fest, daß nur Organisationen, deren Verbandsstatuten eine solche Zuständigkeitsregelung enthalten, Mitglied der Dachorganisation sein können.

Es ist offensichtlich, daß diese Kompetenzverteilungsvorschrift eine lohnpolitische Zusammenarbeit zwischen mehreren Gewerkschaften erleichtert. Die Entscheidungskompetenz liegt jedoch auch damit immer noch beim einzelnen Verband und nicht bei der Dachorganisation. Ein gewisser Einbruch in die Verbandsautonomie ist allerdings dadurch erfolgt, daß ein Verband eine Streikdrohung für mehr als 3 Prozent seiner Mitglieder mit Aussicht auf wirtschaftliche Hilfe seitens der Spaltenorganisation nur aussprechen kann, wenn der Vorstand des Gewerkschaftsbundes dazu seine Zustimmung erteilt. Dadurch besitzt LO zwar ein beschränktes Vetorecht; einen positiven Entscheid über die Anhängigmachung einer Forderung oder die Verbindlicherklärung eines Vertragsentwurfes kann der Gewerkschaftsbund jedoch nach wie vor nicht treffen.

Immerhin ist mit diesen Statutenvorschriften eine Vorbedingung für die gewerkschaftliche Zentralisation geschaffen worden, wie sie nur in wenigen Ländern besteht.

Es ist klar, daß eine Kompetenzdelegation dieses Ausmaßes nur möglich ist, wenn vorgängig bereits durch die Praxis eine weitgehende freiwillige Koordinierung der Vertragspolitik erreicht wurde und Einigkeit über die Hauptziele der Lohnpolitik besteht. Eine weitere Voraussetzung besteht darin, daß in sämtlichen Branchen ein einigermaßen ausreichender Organisationsgrad vorhanden ist, damit bei zentralen Verhandlungen wegen schlecht organisierter Branchen nicht derart weitgehende Konzessionen gemacht werden müssen, daß das Verhandlungsergebnis für die stärkeren Verbände unannehmbar wird.

Die einzige Klammer, oder, vielleicht etwas überspitzt ausgedrückt, der geistige Hintergrund, von dem die zentralistische Verhandlungsmethode ausging, war die sogenannte «solidarische Lohnpolitik». Ihr liegen die folgenden Ueberlegungen zugrunde:

Richtet sich das Verhandlungsergebnis ausschließlich oder vorwiegend nach der Stärke der einzelnen Verbände, so nimmt die Lohnstreuung im Laufe der Zeit ein sozial unerwünschtes Ausmaß an. Die Gewerkschaften, welche aufstrebende Industrien, wie zum Beispiel die Papierindustrie, den Schiffbau, die Elektro- oder die Stahlindustrie, organisieren, können Lohnerhöhungen durchsetzen, die das Ausmaß der durchschnittlichen allgemeinen Produktivitätssteigerung weit übertreffen. Jene Gewerkschaften, die strukturell benachteiligte Industrien, wie zum Beispiel die Landarbeiter oder die Textilindustrie, organisieren, werden sich anderseits mit minimalsten Konzessionen zufrieden geben müssen.

Theoretisch sollte zwar eine derart ausgeprägte Lohndifferenzierung zur Folge haben, daß die Arbeitskräfte aus den unterdurchschnittlich produktiven Branchen in die höherproduktiven abwandern; da die Produktionsfaktoren jedoch kurzfristig nur beschränkt beweglich sind, geht dieser Umschichtungsprozeß derart langsam vor sich, daß die theoretisch zu erwartende Ausgleichstendenz sich nur allmählich durchsetzt. Dazu kommt, daß staatliche Schutzmaßnahmen den Anpassungsprozeß und damit aber auch einen Einkommensausgleich jahrelang verzögern können. Eine unkoordinierte Lohnpolitik schließt damit die Anerkennung einer weitgetriebenen Einkommensdifferenzierung innerhalb der Arbeiterschaft in sich. Dadurch ergeben sich aber auch innerhalb der Arbeiterbewegung Spannungen und Interessengegensätze, welche die Schlagkraft der Bewegung als Ganzes gewerkschaftlich wie politisch hemmen.

Die solidarische Lohnpolitik strebt an, die Einkommensdifferenzierung innerhalb der Arbeiterschaft so weit zu reduzieren, wie es wirtschaftlich möglich ist, ohne die Leistungs- und Ausbildungsbereitschaft sowie eine genügende Beweglichkeit der Arbeitskräfte zu gefährden. Durch die Verlagerung der Verhandlungen auf die Ebene der Spaltenorganisationen der Gewerkschaften und Arbeitgeber, wie sie in den letzten Jahren mehrfach erfolgt ist, soll das gesamtwirtschaftlich tragbare Ausmaß der Lohnerhöhungen ausgehandelt werden. Dieser mittlere Kompromißpunkt sollte, wenn das System die Erwartungen erfüllt, für die Arbeitnehmer der unterproduktiven Industrien höher liegen als das Konzessionsmaximum, das sie aus eigener Kraft hätten erreichen können. Der Preis, der dafür bezahlt werden muß, besteht darin, daß die Arbeitnehmer der am günstigsten liegenden Wirtschaftszweige weniger erhalten, als sich bei verbandsautonomen Verhandlungen hätte erreichen lassen.

Diese Spaltenabkommen regeln aber nicht jedes Detail der für die einzelnen Industrien geltenden Vertragsbestimmungen. Sie fixieren lediglich das Ausmaß der Erhöhungen der Gesamtlohnsumme. In der Regel sind es verbindliche Prozentsätze mit in Geldeinheiten festgelegten Ergänzungsbestimmungen, welche die unterbezahlten Arbeitnehmer nachziehen. Wie innerhalb der einzelnen Industrien die Erhöhungen der Gesamtlohnsumme verteilt werden sollen, wird durch gleichzeitig mit dem Rahmenvertrag ausgehandelte Ergänzungs- und Anwendungsverträge bestimmt.

Jeder einzelne Verband entscheidet autonom, ob er das Verhandlungsergebnis annehmen will oder nicht. Die Gesamtvereinbarung kommt jedoch nur zustande, wenn sämtliche Verbände sich für die Annahme entscheiden. Damit wird es der Exekutive der verschiedenen Verbände außerordentlich erschwert, das Ergebnis der zentralen Verhandlungen nicht zu ratifizieren.

Was war der Erfolg dieses zentralisierten Systems?

Werbungsmäßig hat es sich sehr günstig ausgewirkt. Der Organisationsgrad in den wirtschaftlich schlechter gestellten Industriezweigen und allgemein der Hilfsarbeiter und Angelernten hat sich bedeutend gebessert; er schwankt zwischen 75 und 99 Prozent. Streiks sind ebenso selten geworden wie in der Schweiz. Die politische Stellung der Arbeiterbewegung hat sich konsolidiert. Einbrüche von links wie von rechts sind in größerem Ausmaß nicht mehr vorgekommen. Weil die Arbeiterbewegung ihre Kraft und Energie nur noch in reduziertem Umfang für Abwehrkämpfe einzusetzen brauchte, hat sie sich damit einen breiten Experimentierspielraum erkämpft. Die Arbeitgeberschaft hat die Konsequenzen aus der politisch und machtmäßig veränderten Lage weitgehend gezogen. Sie beschränkt sich nicht mehr auf eine sterile dogmatische Diskussion, sondern beteiligt sich, soweit dies über die Parteischränken hinweg möglich ist, an der unter gewerkschaftlichem Einfluß stehenden staatlichen Wirtschaftspolitik. Politisch hat damit die solidarische Lohnpolitik die in sie gesetzten Hoffnungen weitgehend erfüllt.

Die wirtschaftliche Bilanz des Experiments ist weniger eindeutig. Der Säuberungsprozeß unter den wirtschaftlich schwachen Branchen und Betrieben wurde durch das systematische Nachziehen sicher beschleunigt. Es entstanden jedoch auch unnötige Schwierigkeiten, weil diesen Betrieben die Selbstfinanzierungsmittel und die bankmäßige Kreditwürdigkeit vielleicht zu stark zusammengepreßt wurden. Die Weiterexistenz an und für sich rettbarer Betriebe wurde dadurch eventuell übermäßig erschwert.

Die größte Schwäche der solidarischen Lohnpolitik bildet jedoch der sogenannte Lohndrift (wage drift). Die für die konjunkturgünstigsten Industrien vereinbarten Lohnerhöhungen, die jeweils nicht weit vom gesamtwirtschaftlich tragbaren Maximum entfernt waren, wurden in der Praxis weit übertroffen. Die wirtschaftlich günstig gelagerten Unternehmen gewährten über die kollektivvertraglich vereinbarten Ansätze hinaus individuelle Lohnerhöhungen, die in gewissen Jahren weit höher waren, als es die Gesamtarbeitsverträge vorsahen. Die Schere, welche man durch die solidarische Lohnpolitik von unten zu schließen suchte, öffnete sich damit dauernd wieder nach oben. Die inflationären Tendenzen, die in Schweden immer wieder feststellbar waren, haben diesen Lohndrift verschärft, was der Inflation neue Nahrung zuführte¹.

Diese Auswirkung der Lohnpolitik hängt teilweise mit der gleichzeitig verfolgten Vollbeschäftigungspolitik zusammen, die bisher zu

¹ Ein anderer Inflationsfaktor ist die starke Abhängigkeit der Gewinne und der Investitionsgüternachfrage von den Preisen der in Schweden produzierten Rohmaterialien, vor allem Erz, Holz und Papier. Die starken Schwankungen unterworfenen Seefrachtsätze üben über die Reedereien und den Schiffbau eine ähnliche Wirkung aus.

ausschließlich mit Mitteln arbeitete, welche auf die Beeinflussung der Gesamtnachfrage ausgerichtet waren. Die neueren gewerkschaftlichen Vorschläge sehen vor, weniger mit grobschlächtig quantitativen Eingriffen zu operieren, sondern mehr zu gezielten Maßnahmen überzugehen. Um Arbeitslosigkeit bei einem knapp ausreichenden Nachfragevolumen zu vermeiden, soll durch Umschulungs- und Umzugsbeihilfen, die über die Arbeitslosenentschädigung hinaus gewährt werden, die Mobilität der Arbeitskräfte verbessert werden. Anderseits wäre auch eine bessere Standortplanung der Industrie erforderlich. Durch den Einsatz staatlicher Investitionsfonds ließe sich hier vermutlich ohne Ausübung eines obrigkeitlichen Zwangs viel erreichen, da bei einer knapp dosierten Vollbeschäftigungspolitik die Selbstfinanzierungsmittel ebenfalls nicht mehr so reichlich fließen dürften.

Wirtschaftlich hat die solidarische Lohnpolitik damit nur einen beschränkten Erfolg davongetragen. Die Lösung der in Kombination mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik aufgetauchten Probleme wird jedoch nicht in einer Rückkehr zu den alten Verhandlungsformen gesucht, sondern in einer Verfeinerung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Eine derartige Politik würde das marktwirtschaftliche System kaum beeinträchtigen, sie würde vor allem auf eine erhöhte Beweglichkeit der Produktionsfaktoren abzielen und damit die Funktionsfähigkeit des Marktes verbessern. Der Aufbau staatlicher Investitionsfonds würde, soweit Produktion und Preisbildung in Frage stehen, den Marktmechanismus unberührt lassen. Der private marktwirtschaftliche Kreditmechanismus würde jedoch durch einen zweiten, ganz- oder halbstaatlichen Parallelmechanismus ergänzt. Da die scharf progressive Besteuerung die Bildung von Risikokapital erschwert hat, sehen wir im Aufbau eines Ersatzmechanismus, der ähnliche Funktionen ausübt, eine mehr oder weniger zwangsläufige Konsequenz der bisherigen Entwicklung.

Aus schweizerischer Sicht heraus betrachtet, scheinen derartige Ideen kaum realisierbar zu sein. Der gewerkschaftliche wie politische Erfolg der schwedischen Arbeiterbewegung hat jedoch zu einem derart engen Kontakt der in beiden Gruppen maßgebenden Persönlichkeiten geführt, daß solche Fragen mit einem Minimum an ideologischen Komplikationen besprochen werden können. Professor Ohlin, einer der wenigen bürgerlichen Parteiführer, der konsequent das ideologische Pferd zu reiten sucht, hat bei den letzten Wahlen eine empfindliche Niederlage erlitten.

Die Runösche

Mit dem Hineinwachsen der Arbeiterbewegung in eine immer größere Verantwortung auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet und der Ausbreitung der gewerkschaftseigenen und genossenschaftlichen Betriebe machte sich das Fehlen eines genügend großen,

geschulten Kaderreservoirs störend bemerkbar. Die Gewerkschaften setzten deshalb immer größere Mittel für die Bildungs- und Schulungsarbeit ein. Gegenwärtig geben sie für diesen Zweck pro Jahr rund 6 Millionen Schweizer Franken aus.

Einen breiten Raum nehmen die oft mit Volkshochschulen gemeinsam durchgeführten Studienzirkel ein. Jede Gruppe muß zwischen 8 und 25 Teilnehmer umfassen und nach einem festen Kursprogramm arbeiten, das auch eigene Lektüre der Teilnehmer vorsieht. Lehrmittel, Literatur und Kursleiter werden großenteils durch Subventionen oder aus Mitteln der Organisation bezahlt. Wer sich in diesen Abendkursen genügend vorbereitet hat, kann anschließend einen Internatskurs in einer Volkshochschule oder in einer Gewerkschaftsschule besuchen. Um eine möglichst breite Basis zu schaffen, hat die Arbeiterbewegung noch zusätzlich eine «Briefschule» ins Leben gerufen, die auf dem Korrespondenzweg Unterricht in beinahe sämtlichen Gebieten erteilt. Die Kursteilnehmer der Briefschule nicht gerechnet, absolviert jährlich jedes achte Mitglied einen Kurs. Die Briefschule wird nochmals eine ähnliche Zahl von Mitgliedern erfassen, dabei steigen ihre Schülerzahlen von Jahr zu Jahr in raschem Tempo an.

Die beiden gewerkschaftlichen Internatsschulen, Brunnsvik und Runö, können pro Jahr gegenwärtig rund 8000 Schüler aufnehmen. Die Kurse werden zum Teil vom Gewerkschaftsbund durchgeführt, zum Teil von den Verbänden, denen im Rahmen des Möglichen Schulgebäude und Lehrer von LO überlassen werden. Runöskolen umfaßt 10 Gebäude, die ungefähr 200 Schüler gleichzeitig aufnehmen können. Die Schulkosten werden weitgehend von LO getragen; der Lohnausfall der Teilnehmer wird bis zu 60 Prozent von den Verbänden übernommen. Der übrigbleibende Lohnausfall stellt die einzigen Kosten dar, für welche die Teilnehmer selbst aufzukommen haben.

Der größte Teil der Absolventen besucht zwei- oder sechswöchige Kurse. Einzige Voraussetzung für die Zulassung ist die Mitgliedschaft bei einem LO angehörenden Verband sowie der Besuch eines vorbereitenden Studienzirkels. In der Regel werden über 25 Jahre alte Teilnehmer nicht aufgenommen. Durch den Kursbesuch erwirbt sich ein Absolvent keinerlei Rechte auf Einsetzung in eine gewerkschaftliche Funktion, zum Beispiel als Vertrauensmann. Der Zweck besteht einzig darin, eine Kaderreserve zu schaffen, welche den Betriebs- und Lokalorganisationen zur Verfügung steht. Der demokratische Ausleseprozeß wird so in keiner Weise angetastet. Die Absolventen müssen sich selbst im Leben der Organisation durchsetzen, sie können nicht auf eine Förderung durch die Verbands spitze rechnen.

Neben diesen Einführungskursen werden dreimonatige Ausbildungskurse durchgeführt. Diese sind vorwiegend funktionell auf die

verschiedenen Chargen, wie Kassier, für Akkordfragen spezialisierte Mitglieder von Arbeiterkommissionen usw., zugeschnitten.

Der Erfolg dieser gewerkschaftlichen Schulungsarbeit hat die Arbeitgeber gezwungen, eine ähnliche Schule für ihre Kader aufzubauen. Die beidseitig intensive Schulungsarbeit soll dazu geführt haben, daß auf Betriebsebene eine Reihe stark technischer Fragen (Arbeitsplatzbewertung, Akkord, Produktivitätsförderung usw.) sachlicher und vor allem rascher diskutiert werden können als früher. Infolge der speditiven Erledigung der Streitfälle sammelt sich weniger Zündstoff an, der das Betriebsklima vergiftet.

II. Die Fahrt nach Sandviken

Um uns einen besseren Eindruck von der schwedischen Landschaft zu vermitteln, fuhren uns drei schwedische Kollegen in ihren Autos von Runö nach Sandviken.

Als wir wegfuhrten, herrschte prachtvoller Sonnenschein. Das Gelände war von leichten Hügelwellen durchzogen. Beinahe wie im schweizerischen Mittelland wechselten Felder, Wiesen, Aecker und Wälder, nur die Besiedlung war lockerer. Das Kulturland wurde jedoch immer spärlicher, und bald begannen Birken- und Föhrenwälder zu dominieren. Langsam gewöhnte sich das Auge an die Farbtöne des Landschaftsbildes, und wir begannen die einzelnen Häuser und Siedlungen zu unterscheiden, die in den Wald eingestreut waren. Wenn gebaut wird, wird nur gerade die Grundfläche für das Haus gerodet. Das Gebäude verschwindet beinahe ganz hinter den Bäumen; ein Garten mit Rasen, wie er bei uns üblich ist, wird kaum angelegt. Außer in den Dorf- und Stadtkernen dürfen die Häuser nicht über Baumhöhe hinaus gebaut werden.

Da die Birken und Föhren kein dichtes Gezweige aufweisen, besteht trotz dieser Bauweise eine gute Sonnenbestrahlung. Diese naturverbundene Siedlungsweise ist ideal für die Kinder. Um das ganze Haus herum gibt es kaum einen Fleck, auf dem sie sich nicht nach Herzenslust austoben dürften. Die Ungezwungenheit des schwedischen Volkscharakters ist vielleicht mitbedingt durch diese Möglichkeit des ungehemmten körperlichen Austobens.

Allmählich begann die Sonne sich zu verlieren; schon um drei Uhr setzte die Dämmerung ein, und Nebel stieg aus den Wäldern und den wenigen Wiesen. Die Landschaft wurde plötzlich farblos, geheimnisvoll, beinahe düster. Der Geist der nordischen Göttersagen begann umzugehen.

Die aufgelockerte Siedlungsweise, deren Vorteile uns bei Sonnenlicht so bestochen hatten, begann uns nun beinahe zu bedrücken. Während der unendlich langen Winternächte muß hier die Familie in viel ausgeprägterem Maße als bei uns im Mittelland eine weitgehend auf sich selbst angewiesene Lebensgemeinschaft bilden. Aus

dieser ausgeprägten Isolierung heraus muß aber auch ein starkes Bedürfnis nach sozialem Kontakt, nach der Berühring mit andern Menschen herauswachsen. Sowohl der Individualismus wie das Geselligkeitsbedürfnis dürften wegen der Siedlungsweise und der Besonderheit des nordischen Klimas ausgeprägter sein als bei uns.

Es erschien uns nun nicht mehr so unwahrscheinlich, daß jedes Jahr jedes achte Mitglied der schwedischen Gewerkschaften an einem Studienzirkel teilnimmt oder einen Kurs einer Volkshochschule oder einer Gewerkschaftsschule besucht. Diese starke Beteiligung entspringt vermutlich nicht nur dem Bildungsbedürfnis, sondern erfüllt gleichzeitig eine soziale Funktion. Der einzelne hat so Gelegenheit, der Isolation zu entrinnen und Anschluß an eine überschaubare Gemeinschaft zu finden. Außerdem werden die Kursabsolventen aufgefordert, wenn immer möglich ihre Frau oder eines der älteren Kinder ebenfalls zur Teilnahme zu bewegen, so daß diese Zirkel dem Geselligkeitsbedürfnis aller erwachsenen Familienmitglieder dienstbar gemacht werden können. Die Familie wird so weniger auseinandergerissen, die Frau empfindet die Gewerkschaft weniger als Rivalen, der ihr den Mann zu stark zu beanspruchen droht. Zudem hat Schweden schließlich das Frauenstimmrecht; es besteht deshalb keine so ausgeprägte Tendenz wie bei uns, die gewerkschaftliche und politische Bildungsarbeit auf den männlichen Teil der Bevölkerung zu beschränken.

Es braucht vielleicht eine stundenlange Fahrt durch die nebelverhängten, allmählich in der Dämmerung verschwindenden schwedischen Wälder, um auf die Idee zu kommen, die Gewerkschaftsgruppen und die Studienzirkel als die Fortsetzung der abenteuer suchenden Bootsgemeinschaft der Wikinger anzusehen. Aber die zahlengäßige und soziale Verankerung der schwedischen Arbeiterbewegung im Volk ist derart stark, daß die «Erklärung» dafür kaum nur im rein wirtschaftlichen Aspekt ihrer Tätigkeit gefunden werden kann.

Besuch in Stadt und Stahlwerk Sandviken

Stadt und Werk Sandviken liegen etwa 200 Kilometer nördlich von Stockholm. Sie befinden sich mitten in einer waldreichen Gegend an einem Fluß; in ihrer Nähe bestehen Eisenerzvorkommen. Da die schwedische Eisen- und Stahlindustrie früher Holzkohle als Energie- und Kohlenstoffquelle benutzte, waren die Bedingungen zur Errichtung einer Hüttenindustrie günstig.

Das Stahlwerk Sandviken ist mit seinen rund 100 Jahren eines der jüngsten Stahlwerke Schwedens. Mit seiner Gründung war eine technische Pionierleistung verbunden; es war das erste Stahlwerk der Welt, das das Bessemer-Verfahren anwandte. Seine Entwicklung weist frappante Ähnlichkeit mit jener der Georg Fischer AG in Schaffhausen auf. Der technisch brillante Gründer der Firma besaß

kein ausgeprägt kommerzielles Talent, so daß in der zweiten Generation die Umwandlung des Familienunternehmens in eine Aktiengesellschaft erfolgen mußte, wobei die kaufmännische Seite des Betriebes von Grund auf reorganisiert wurde.

Das Stahlwerk mit seinen rund 6500 Arbeitern und Angestellten bildet das wirtschaftliche Rückgrat der Stadt Sandviken, die rund 22 000 Einwohner zählt. Neben dem Stahlwerk existiert als einziger Großbetrieb noch ein Röhrenwerk. Da die Stadt derart stark industrialisiert ist, besteht im Stadtrat wie im Stadtparlament seit Jahren eine sozialdemokratische Mehrheit. Die Räte sind zum großen Teil frühere Betriebsangehörige des Stahlwerkes, so daß sich zwischen den Stadtbehörden und der Werksleitung eine gute Zusammenarbeit entwickeln konnte. Dies hat sich besonders im Siedlungsbau, dem Schul- und Spitalwesen günstig ausgewirkt. Die Stadt hat anderseits, zum Beispiel bei der Deblockierung sterilisierter Gewinne für Neuinvestitionen, ein entgegenkommendes Verständnis für die Belange des Werkes gezeigt. Dem dominierenden wirtschaftlichen Einfluß des Werkes steht auf gewerkschaftlich-politischem Gebiet eine ähnliche Stellung der Arbeiterorganisationen gegenüber.

Schweden, das neben Stockholm und vielleicht noch Göteborg keine Großstädte kennt, ist ein Land der Mittel- und Kleinstädte, in denen die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ähnlich sind wie in Sandviken. Das Geheimnis der sozialen Stabilität Schwedens beruht weitgehend auf der Symbiose (Lebensgemeinschaft), die sich zwischen Unternehmertum und Gewerkschaften in diesen lokalen Zentren herausgebildet hat. Das Fehlen einer konfessionellen und ideologischen Spaltung innerhalb der Arbeiterbewegung hat zur Konsolidierung der Position der Arbeitnehmer wesentlich beigetragen. Die Arbeiterschaft ist hier nicht nur ein Juniorpartner, den man in Notzeiten zwar ganz gern an der Macht beteiligt, in «normalen Zeiten» dagegen soweit wie möglich in eine Minoritätsstellung zurückzudrängen versucht.

Wir gewannen den Eindruck, daß die soziale Struktur Schwedens eher noch ausgeglichener ist als jene der Schweiz, daß aber anderseits gerade wegen des fest verankerten Gleichgewichts das soziale und politische Leben von einer größeren positiven Dynamik erfüllt ist als bei uns. Die stärkere Zersplitterung in der Schweiz führt zwar ebenfalls zu einer Art stabilen Gleichgewichts, das aber allzuoft einem toten Rennen gleicht, bei dem alles beim alten bleibt. Die konsolidierte Stellung der schwedischen Arbeiterbewegung gestattet ihr einen weiten Experimentierspielraum. Dadurch zwingt sie auch die andere Seite, sich ideologisch nicht nur von Schlagworten der Urgroßväter zu ernähren. Ein Vergleich zum Beispiel zwischen der «Schweizerischen Arbeitgeberzeitung» und der entsprechenden Publikation des schwedischen Arbeitgeberverbandes, «Industria», veranschaulicht dies mit aller Deutlichkeit.

Der Betrieb

Das Stahlwerk Sandviken stellt vor allem Edelstähle (Legierungsstahl) her. Es besitzt eigene Hochöfen, deren Kapazität aber nicht voll ausgenützt wird und die eher veraltet sind. Dies röhrt zum Teil daher, daß das Werk versucht, aus Eisenerzkonzentraten (Sinter, Eisenschwamm) und Schrott unter Uebergehung der Zwischenstufe Roheisen direkt Stahl zu schmelzen. Zur Stahlerzeugung werden vorwiegend Elektroöfen verwendet. Die Stahlschmelze soll in nächster Zeit modernisiert werden.

Die Blockstraße, das Bandwalzwerk, die Drahtzieherei und das Röhrenwalzwerk bilden den modernsten Teil des Werkes. Hier werden weitgehend die Raffinements der Servosteuerung verwendet. Die riesigen Hallen sind beinahe menschenleer. Die Anlagen werden zum großen Teil aus den Steuerkabinen der Walzwerke und der Kranen bedient. Der Anteil der Unterhalts- und Reparaturarbeiter soll in diesem Teil des Unternehmens rund 40 Prozent der Belegschaft ausmachen.

Die Flaute auf dem Stahlmarkt war auch in Sandviken spürbar. Zum Ausgleich des Beschäftigungsrückganges wurde die Investitionstätigkeit intensiviert. Während einer früheren Periode der Hochkonjunktur war der Betrieb auf Grund der gesetzlichen Vorschriften gezwungen, einen Teil der Gewinne als Arbeitsbeschaffungsreserve zu sterilisieren. Vor kurzem war ein Teil dieser Guthaben freigegeben worden, so daß das Werk eine weitere Modernisierungsetappe in Angriff nehmen konnte. Dank dem dadurch ausgelösten Auftragsvolumen konnte der Beschäftigungsrückgang, der sonst die ganze Stadt schwer in Mitleidenschaft gezogen hätte, aufgefangen werden. Rund 50 Arbeiter, für die sich bei den Bauarbeiten des Werkes keine Beschäftigung finden ließ, konnten glücklicherweise von einem in der Nähe liegenden befreundeten Betrieb aufgenommen werden.

Im Unterschied zum schweizerischen System erfolgt die Bildung der Arbeitsbeschaffungsreserven nicht rein freiwillig. Anderseits gewannen wir den Eindruck, daß die Freigabe der sterilisierten Mittel elastischer gestaltet werden kann als bei uns; es wird Rücksicht genommen auf die Besonderheiten der lokalen Wirtschaftslage und Industriestruktur. Die allgemeine Konjunktursituation spielt nicht dieselbe ausschlaggebende Rolle wie in der Schweiz.

Die Gewerkschaft

Das Verhältnis zwischen Metallarbeiterverband und Werkleitung ist gut. Die zentralen Abkommen überlassen die Anwendung einer großen Zahl von Detailfragen lokalen Verhandlungen, so daß trotz der weitgehenden Zentralisation der Vertragsabschlüsse ein weiter Spielraum für die betriebliche gewerkschaftliche Tätigkeit besteht.

Im Büro des Metallarbeiterverbandes fiel uns auf, daß auf jegliche schalterähnliche Einrichtung verzichtet wurde. Das Mitglied, welches mit dem Sekretariat zu tun hat, soll nicht schon rein optisch den Eindruck erhalten, einer unpersönlichen Bürokratie gegenüberzustehen und wie eine Nummer behandelt zu werden.

Die an den Wänden hängenden Bilder waren meist ausgesprochen moderne Lithographien. Auch dies unterstreicht den aufgeschlossenen Charakter der Bewegung, die trotz ihres Alters und ihrer Erfolge nicht am Traditionellen kleben bleibt.

Wie dies in Schweden üblich ist, waren die lokalen Spitzenfunktionäre relativ jung. Der Metallarbeiterverband hat die immer mehr vorherrschende Praxis begründet, für die Präsidenten eine niedrigere Altersgrenze als für die übrigen Funktionäre festzusetzen. Damit wird nicht nur einer Ueberalterung vorgebeugt, sondern dem Generationenproblem die Schärfe genommen. Die gesetzteren Kollegen werden so gezwungen, mehr auf die Ansichten der jüngeren Mitglieder einzugehen, weil sie immer damit rechnen müssen, daß innert absehbarer Zeit einer dieser Stürmer und Dränger plötzlich Präsident der Organisation werden könnte.

Anderseits besteht auf der politischen Ebene keine ähnliche Altersgrenze. Die älteren Kollegen werden damit nicht einfach von jeder führenden Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung abgeschnitten. Das Schwergewicht ihrer Aktivität verschiebt sich einfach von der mehr gewerkschaftlichen auf die mehr politische Ebene. Infolge des starken Mandatsanteils der Arbeiterpartei läßt sich dieses System gut durchführen. Der politische Arm der Bewegung gewinnt dadurch erfahrene Kräfte mit einer gefestigten persönlichen Stellung; zudem wird so eine übertriebene Aemterkumulation vermieden.

III. Besuch bei den schwedischen Bauarbeitergewerkschaften und der Svenska Riksbyggen

Das Prinzip der Industriegewerkschaft ist im Baugewerbe nicht rein durchgeführt. Es gibt immer noch fünf Bauarbeitergewerkschaften (allgemeine Bauarbeiter und Handlanger, Betonarbeiter usw., Zimmerleute und Tischler, Maurer, Maler), die zusammen rund 185 000 Mitglieder organisiert haben. Die fünf Organisationen haben jedoch ein Kartell gebildet, das sich mit der Zeit in eine Industriegewerkschaft umwandeln soll. Ein Teil der Aufgaben ist bereits zentralisiert, so zum Beispiel ein Teil der Presse, die Lohnstatistik und die Wirtschafts- und Forschungsabteilung. Auch die gemeinsame Beteiligung an der Svenska Riksbyggen, der großen gewerkschaftlichen Bauunternehmung, bildet eine einigende Klammer. Die Lohnverhandlungen werden zwar durch das Kartell geführt, die Verträge müssen aber von den verschiedenen Verbänden individuell ratifiziert werden.

Lohnsystem

Im Baugewerbe gilt ausnahmslos das Prinzip der Akkordarbeit. Der Gesamtarbeitsvertrag setzt nach Qualifikation und Ortsklasse abgestufte Lohnsätze fest. Diese Ansätze bilden die Grundlage zur Berechnung der Akkordpreislisten, welche Bestandteil des Kollektivvertrages sind. Die Arbeiter erhalten gewöhnlich wöchentliche Vorschüsse auf Grund der vertraglichen Lohnsätze. Die endgültige Abrechnung erfolgt nach dem Abschluß der einzelnen Bauetappen.

Dieser Stundenlohn ist nicht garantiert. War der Vorschuß größer als die Lohnsumme, die sich bei der Akkordabrechnung ergibt, so ist der Arbeiter verpflichtet, den zuviel erhaltenen Betrag zurückzuerstatten.

Die Ortsgruppenvorstände überwachen die Anwendung des Systems. Es werden Listen über die täglich geleistete Arbeit geführt, die wöchentlich von beiden Parteien auf dem Arbeitsplatz genehmigt werden müssen.

Beide Parteien beschäftigen seit einiger Zeit speziell ausgebildete Messer, welche die Listen und die Schlußabrechnungen überprüfen. In der Regel rekrutieren die Gewerkschaften diese Kontrolleure aus den einzelnen am Vertrag beteiligten Gruppen. In kleineren Ortschaften, wo nicht für jede Berufsgruppe ein Messer voll beschäftigt werden könnte, bestimmen die verschiedenen Berufsgruppen einen gemeinsamen Messer.

Ergibt sich bei der Schlußabrechnung ein Ueberschuß über die geleisteten Vorschüsse hinaus, so kann davon die Gewerkschaft einen gewissen Prozentsatz zur Deckung der ihr aus der Durchführung des Akkordsystems erwachsenden Kosten beanspruchen. Darüber hinaus hat sie durch lokale Vereinbarungen an den meisten Orten das Recht, auch vom verbleibenden Nettoüberschuß einen Betrag zur Bestreitung der Tätigkeitskosten der Organisation abzuzweigen, der dann an Stelle des Sektionsbeitrages tritt.

Die Verteilung des verbleibenden Ueberschusses ist eine Angelegenheit der betroffenen Arbeiter. Um die älteren Arbeiter zu schützen, werden sie innerhalb der Gruppe zum Zeitlohn beschäftigt. Er setzt sich aus dem Vertragslohn plus einer Akkordabgütungsquote zusammen, die mit zunehmendem Alter steigt.

Dieses System hat in der Praxis zu sehr befriedigende Ergebnissen geführt. Die Löhne der Bauarbeiter liegen in der Regel eher über jenen der Industriearbeiter mit ähnlichen Qualifikationen. Außerdem herrscht eine größere Freiheit am Arbeitsplatz, die Überwachung und Kontrolle durch die Betriebsleitung kann auf ein Minimum herabgesetzt werden.

Die Bauarbeitergewerkschaften glauben nicht, daß die relativ hohe Unfallhäufigkeit im Baugewerbe mit der Akkordarbeit in Zusammenhang stehe. Um in der Unfallverhütung nichts zu ver-

säumen, haben sie jedoch, zusammen mit dem Arbeitgeberverband, ein gemeinsames Büro errichtet, das sich mit Fragen der Unfallverhütung und der Lehrlingsausbildung befaßt.

Der hohe gewerkschaftliche Organisationsgrad von 95 bis 97 Prozent trägt natürlich mit dazu bei, daß das Akkordsystem einigermaßen reibungslos funktioniert.

Hie und da wird die Auffassung vertreten, das Akkordsystem vermindere den Rationalisierungsanreiz für die Arbeitgeber. Die Gewerkschaften messen diesem Argument keine besondere Bedeutung zu, da auf andern Wegen genügend Einflußmöglichkeiten bestehen, um die Rationalisierung voranzutreiben.

Winterbau

Wegen der früher ausgeprägten Saisonarbeitslosigkeit hatte bei annähernder Vollbeschäftigung das Baugewerbe besondere Mühe, genügend jüngere Arbeitskräfte zu rekrutieren. Infolgedessen sind auch heute noch im Baugewerbe die älteren Jahrgänge stärker vertreten als zum Beispiel in der Industrie. Seit der Vorkriegszeit ist es aber gelungen, die Winterarbeitslosigkeit um etwa zwei Drittel herabzusetzen. Einzig bei den Malern stellt sie heute noch ein gewisses Problem dar, weil sie mehr als andere Gruppen mit Reparaturarbeiten beschäftigt sind, die sich weitgehend einer Lenkung entziehen.

Es waren vor allem zwei Maßnahmen, die zum Rückgang der Winterarbeitslosigkeit beigetragen haben. Die Ausführung größerer Bauprojekte kann nur auf Grund einer staatlichen Bewilligung erfolgen, die Vorschriften über den Baubeginn und den ganzen Zeitplan zur Ausführung der einzelnen Bauetappen enthalten kann. Es wird systematisch angestrebt, die Ausführung dieser Bauvorhaben auf den Winter zu verlegen. Bei größeren Bauten ist es auch am ehesten möglich, ohne große zusätzliche Kosten die zum Winterbau notwendigen Vorkehren zu treffen. Die Kostenverteilung durch den Winterbau wird auf nicht mehr als 2 bis 4 Prozent geschätzt. Dem steht gegenüber, daß neben den sozial günstigen Auswirkungen die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung geringer werden und daß die Kapazität des Baugewerbes sich besser ausnutzen läßt. Bei der herrschenden Wohnungsnot ist dies besonders wichtig. Würde man nach dem Prinzip der sozialen Kosten kalkulieren, so dürfte die Rechnung ohne Defizit abschließen, wenn nicht einen Mehrertrag aufweisen.

Als zweites hat man ausgedehnte Forschungsarbeiten über den Winterbau unternommen. Man darf heute sagen, daß die technischen Probleme der Winterarbeit in Schweden gelöst sind.

Die Bauarbeitergewerkschaften haben sich an dieser Forschungstätigkeit intensiv beteiligt. Auf ihre Initiative wurde ein staatliches Institut für Bauforschung ins Leben gerufen. Im Beirat des Insti-

tutes verfügen sie über einen Vertreter. Zwei frühere Mitarbeiter der Bauarbeitergewerkschaften sind im Institut tätig.

Darüber hinaus haben sie ihre eigenen Unternehmen zur Mitwirkung an praktischen Versuchen zur Verfügung gestellt und selbst Forschungsarbeiten durchgeführt. Außerdem haben die Bauarbeiterverbände ein Forschungskomitee für bauwirtschaftliche Fragen eingesetzt, das die Arbeiten der eigenen Betriebe und der Wirtschafts- und Forschungsabteilung des Kartells der Bauarbeiterverbände koordiniert.

Gewerkschaftseigene Unternehmen

Früher schon hatten sich die schwedischen Bauarbeitergewerkschaften an genossenschaftlichen Bauunternehmen beteiligt, wie dies in den meisten Ländern üblich war. Mit der Gründung der Svenska Riksbyggen im Jahre 1942 haben diese Unternehmen jedoch eine Ausdehnung erfahren, die man früher nicht für möglich gehalten hätte.

Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges begann in Schweden die Bautätigkeit zu erlahmen. Um der Gefahr einer jahrelangen Stagnation zu begegnen, entschlossen sich damals die Gewerkschaften, ein eigenes Großunternehmen, die Svenska Riksbyggen, mit einem Kapital von 20 Millionen Kronen zu gründen. Rund 17 Millionen davon wurden von den Bauarbeitergewerkschaften und ihren lokalen Sektionen aufgebracht. Den Rest übernahmen andere Gewerkschaften und der Gewerkschaftsbund.

Das Unternehmen wurde vor allem als Planungsbetrieb organisiert. Körperschaften des öffentlichen Rechtes, Baugenossenschaften und private Bauherren, die zu bauen wünschen, können die Durchführung des gesamten Projekts der Riksbyggen übergeben. Sie beteiligt sich an der Landsuche, führt sämtliche Projektarbeiten durch, vergibt die Arbeiten, übernimmt die Bauführung und organisiert, wenn nötig, die Finanzierung. Sie ist damit mehr oder weniger ein riesiges Architekturbüro, das zwar auch kleinere Einzelbauten ausführt, vor allem aber Großprojekte bis zur Planung und dem Bau von ganzen Satellitenstädten übernimmt.

Infolge des großen Auftragsvolumens kann sie auf Standardisierung, modulare Koordination, die Vorfabrikation von Bauelementen usw. einen sehr großen Einfluß ausüben. Rund 7000 bis 8000 Wohnungen pro Jahr oder etwa 12 Prozent des gesamten schwedischen Bauvolumens werden heute durch die Riksbyggen projektiert und vergeben.

Die in Auftrag gegebenen Serien von Bestandteilen sind derart angewachsen, daß die Bauarbeitergewerkschaften und die Riksbyggen sich veranlaßt sahen, ein Holzindustrieunternehmen zur Vorfabrikation von Türen, Fenstern und Küchenausstattungen, einen Steinindustriebetrieb und eine Ziegelei zu gründen. Die Produkte

dieser Betriebe werden auch an private Bauunternehmen geliefert. Um die Durchführung von Großaufträgen zu erleichtern, wurden die bestehenden gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Baubetriebe zusammengeschlossen und erweitert. Sie beschäftigen heute rund 7000 Arbeiter.

Später haben auch die Angestelltengewerkschaften ein ähnliches Unternehmen wie die Svenska Riksbyggen gegründet, das heute ebenfalls etwa 4000 Wohnungen pro Jahr erstellt.

Die weitgehende Anwendung moderner architektonischer und betriebswirtschaftlicher Grundsätze im schwedischen Wohnungsbau ist zum großen Teil auf den Einfluß dieser Großunternehmen zurückzuführen.

Um die Tätigkeit ihrer verschiedenen Unternehmen, die in der Regel selbst keine Kredite erteilen, zu erleichtern, haben die Bauarbeitergewerkschaften später dann noch eine eigene Finanzierungs gesellschaft gegründet.

Die Massenproduktion im Wohnungsbau wurde aber auch vom Staat erleichtert. Um Bezügern von kleinen Einkommen den Erwerb eines Hauses oder die Beteiligung an einer Wohngenossenschaft zu erleichtern, gewährt der Staat Baudarlehen. Die erste und zweite Hypothek werden normal bankmäßig finanziert. Der Staat über nimmt hier lediglich eine Verzinsungsgarantie für den Fall, daß der Hypothekarzinsfuß zeitweilig über das als langfristig normal angesehene Niveau steigt. Einzig für die Restfinanzierung gewährt der Staat selbst Darlehen, die während einer gewissen Zeit nicht amortisiert und verzinst werden müssen. Sicherungen gegen einen spekulativen Weiterverkauf sind eingebaut. Der Bedarf an Eigen kapital beträgt damit nur noch etwa 5 Prozent der Bausumme. Er wird auch dadurch noch vermindert, daß die größeren Gemein wesen, um der Bodenspekulation vorzubeugen, dazu übergegangen sind, größere Landkomplexe zu erwerben, die im Baurecht abge geben werden.

Um die Sonderprobleme der kinderreichen Familien zu lösen, werden ihnen im Rahmen der Sozialgesetzgebung Mietzinszuschüsse gewährt, so daß es auch ihnen möglich wird, die Belastung durch eine ihrem Raumbedürfnis entsprechende Eigenwohnung zu tragen.

Damit wird gleichzeitig die Regionalplanung und der Bau von Satellitenstädten und Entlastungssiedlungen gefördert. Das Baurecht wird sehr oft nur erteilt, wenn größere Siedlungen nach einem Gesamtplan erstellt werden; die Erschließungskosten lassen sich damit vermindern, die Verkehrsplanung, einschließlich der Ver bindung mit dem Citykern, und die Bildung von Entlastungszentren werden erleichtert.

Diese Aktivierung breiter Käuferschichten hat den spekulativen Wohnungsbau weitgehend eingedämmt und anderseits den Sied lungsbau stark gefördert. Entstehen Inflationsgewinne, so kommen

sie weitgehend den breiten Schichten der Bevölkerung zugute und bleiben nicht in den Händen von Immobiliengesellschaften, Versicherungen und andern Finanzgruppen hängen.

Die Delegation hatte Gelegenheit, eine Siedlung zu besichtigen, die von der Riksbyggen als Teil der zweiten, für Stockholm geplanten Entlastungsstadt ausgeführt wurde. Entsprechend den modernen städtebaulichen Prinzipien sind um einen Einkaufskern Hochhäuser, kleinere Blöcke, Reihenhäuser und Einfamilienhäuser locker gegliedert. Der frühere Waldbestand wurde weitgehend geschont, dafür auf die Erstellung raffinierter Gartenanlagen verzichtet. Es gibt in dieser Siedlung keine für die Kinder unbetretbaren Grünflächen.

Als «Außenhaut» wurde Beton verwendet, der gegen innen durch eine Schicht Porenbeton isoliert wird. Zwischen den beiden Betonschichten befindet sich ein Hohlraum, der mit Isolierfasern ausgefüllt ist.

Im Komfort entsprachen die Wohnungen schweizerischen Verhältnissen; der Grundriß war rationell, die Fläche des zentralen Wohnraums eher größer als in der Schweiz. Verzinsung, Amortisation, Kosten der Warmwasserzubereitung und Heizung lagen eher etwas über dem Preis entsprechender schweizerischer Wohnungen. Da die Löhne im Durchschnitt höher sind als in der Schweiz, dürfte der Anteil der «Mieten» am Einkommen trotzdem eher niedriger sein als bei uns. Da die schwedischen Bauabrechnungen auf den Baukosten pro Quadratmeter Wohnfläche basieren, während bei uns auf den Kubikmeterpreis abgestellt wird, war es der Delegation leider nicht möglich, die Baukosten grob zu vergleichen.

Die Wohnungen wirkten ansprechend und ruhig. Die Fensterflächen waren eher größer als bei uns und zudem weniger unterteilt. Meist läßt sich nur ein seitlich angebrachter schmaler Flügel öffnen. Der Rest des Fensters ist großflächig fest verglast, so daß der Blick frei hinausschweifen kann. Die Riksbyggen tendiert auch darauf hin, die Deckenlampen ganz wegfallen zu lassen, da sie kein besonders gutes Licht gewähren und die Räume optisch verkleinern. Dafür besitzen die Zimmer mehrere niedrig angebrachte Lichtquellen.

IV. Der Besuch im Textilzentrum Borås

Borås liegt in der Nähe von Göteborg am Fluß Viskan. Es ist eines der ältesten Zentren der schwedischen Textil- und Bekleidungsindustrie und zählt rund 59 000 Einwohner. Wie in den meisten schwedischen Industriestädten besteht sowohl in der Exekutive wie im Stadtparlament eine sozialdemokratische Mehrheit.

Die schwedische Textilindustrie ist relativ alt und kämpft deshalb mit ähnlichen Schwierigkeiten wie zum Beispiel die englische Textilindustrie. Der Maschinenpark ist weitgehend veraltet. Die Selbst-

finanzierungsmöglichkeiten sind infolge der scharfen Konkurrenz beschränkt, von außenstehenden Geldgebern wird die Textilindustrie als schlechtes Risiko angesehen.

Im Gegensatz dazu ist die Bekleidungsindustrie nicht sehr kapitalintensiv. Die Kapitalbeschaffung bietet deshalb weniger Schwierigkeiten als in der Textilindustrie, anderseits fallen dafür die hohen schwedischen Löhne konkurrenzmäßig stärker ins Gewicht.

Immerhin hat die Textil- und Bekleidungsindustrie von Borås den Vorteil, daß Gewebehersteller und Gewebeverarbeiter in derselben Stadt konzentriert sind, was eine gegenseitige Zusammenarbeit und Anpassung an die wechselnden Marktbedürfnisse erleichtern könnte.

Zum Glück für die Stadt hat sich die Industrie während der letzten Jahrzehnte diversifiziert. Betriebe der Zelluloseindustrie und der Chemie haben sich ebenfalls hier niedergelassen, so daß die wirtschaftliche Struktur nicht mehr so einseitig ist wie früher. Das Gebiet um Borås geriet deshalb nicht in eine Stagnation wie zum Beispiel manche englischen Textilstädte.

Da unsere schwedischen Freunde uns nicht nur die Prunkstücke ihrer Wirtschaft, sondern auch die weniger modernen Teile zeigen wollten, die ihnen besonders im Hinblick auf den Europamarkt Sorge bereiten, besichtigten wir in Borås ausschließlich Textil- und Bekleidungsbetriebe.

Bekleidungsfabrik A

Diese Fabrik stellt vor allem Herrenkonfektion her. Die Zuschneideri war der modernste Teil des Betriebes. Für jedes Tuchstück wurde eine maßgerechte Karte erstellt. Mit Schablonen wurde die günstigste Kombination für die Stoffausnutzung festgestellt. Die Verteilung der Schablonen wurde photographisch festgehalten und dem Stoffstück beigeheftet. Die Arbeit der Zuschneider wird dadurch beträchtlich vereinfacht.

Das Zuschneiden selbst erfolgte allerdings mit Werkzeugen, die in den modernsten schweizerischen Betrieben nicht mehr verwendet werden. Dies mag zwar auch mit der unterschiedlichen Betriebsgröße zusammenhängen, da die entsprechenden schweizerischen Unternehmen eher größer sind.

Im Nähatalier wurde entweder im Einzelakkord oder im Zeitlohn gearbeitet. Das Betriebsklima war deshalb spürbar besser als in jenen schweizerischen Betrieben, wo im Gruppenakkord nach dem Hand-in-Hand-System entlohnt wird. Ein relativ großer Teil der Belegschaft bestand aus älteren Arbeiterinnen, was darauf schließen läßt, daß das Arbeitstempo nicht übersetzt ist.

Bekleidungsfabrik B

Dieser Betrieb war etwas größer als der erste und beschäftigte rund 350 Arbeitskräfte. Sein Produktionsprogramm war dafür auch

etwas umfassender. Stoffkontrolle und Stoffmessung schienen uns eher einfacher zu sein als im ersten Betrieb. Die Einteilung des Stoffes in die einzelnen Stücke erfolgte dagegen weniger rationell als im Betrieb A. Im Nähatalier wurde nach dem Gruppenakkord gearbeitet, was auch in einem fühlbar gehetzteren Arbeitstempo an den Engpässen zum Ausdruck kam. Die tägliche Arbeitszeit war relativ lang, dafür wird der Mittwochnachmittag frei gegeben. Die Zahl der Absenzen soll nach dieser Umstellung des Stundenplanes deutlich zurückgegangen sein. Auch vom arbeitsmedizinischen Standpunkt aus gesehen, soll sich das Experiment gelohnt haben.

Beide besuchten Betriebe schienen sich vor der Freihandelszone nicht besonders zu fürchten. Sie waren der Meinung, die schwedische Bekleidungsindustrie müsse sich mehr und mehr dem «schweizerischen Weg» der Herstellung von Qualitätskonfektion zuwenden. In den billigeren Preisklassen dagegen werde der Wettbewerb zum Beispiel mit Deutschland schwierig sein. Die deutsche Bekleidungsindustrie sei jedoch vorläufig nicht in der Lage, modische Neuheiten oder die besseren Qualitäten billiger herzustellen.

Die Beziehungen zum Bekleidungsarbeiterverband waren in beiden Betrieben gut. Interessant war, daß die Arbeitgeber es begrüßten, wenn Betriebsangehörige eine der Schulen des Schwedischen Gewerkschaftsbundes besuchten. Die Verhandlungen würden dadurch versachlicht und vereinfacht. Für die entsprechende Schule des schwedischen Arbeitgeberverbandes schienen sich beide Betriebe nicht besonders zu interessieren.

Textilbetrieb

Zwirnerei, Spinnerei und Weberei wiesen zum Teil einen überalterten Maschinenpark auf. Der größte Teil der Ausrüsterei befand sich im selben Zustand; einzig ein Teil der Färberei verwendet ein modernes schwedisches Verfahren, bei dem die Farbe in den Stoff hineingewalzt wird, was die Einfärbzeit wesentlich verkürzt. Das Unternehmen wies alle Kennzeichen eines alten Betriebes auf, der stückweise vergrößert wurde und deshalb Schwierigkeiten hatte, zu einer rationellen Gesamtplanung zu kommen. Das Produktionsprogramm war vorwiegend auf Naturfasergewebe ausgerichtet.

Die Aussicht, vielleicht in Kürze wegen des Europamarktes mit einer Konkurrenzverschärfung rechnen zu müssen, schien der Betriebsleitung erhebliche Sorgen zu bereiten. Sie deutete an, daß durch Fusionierung mit anderen Unternehmen vielleicht ein Ausweg gefunden werden könne, indem so die Produktionsprogramme der einzelnen Fabriken vereinfacht werden könnten. Die Zusammenfassung der Selbstfinanzierungsmittel würde es erleichtern, die einzelnen Betriebe nach und nach gründlich zu rationalisieren. Es wurde auch angetönt, daß der Staat gegenwärtig in seiner Steuer-

politik vielleicht zu wenig auf die Bedürfnisse der Selbstfinanzierung Rücksicht nehme. Im Interesse der Selbstbehauptung der schwedischen Wirtschaft sollte eine gewisse Akzentverschiebung zu den indirekten Steuern hin vorgenommen werden.

Stadtbehörden

Als Abschluß des Besuches in Borås fand eine Besichtigung des neuen Stadthauses und eine Aussprache mit den Stadtbehörden statt. Der ultramoderne Verwaltungsbau bildet einen auffallenden Kontrast zu den teilweise veralteten und ungepflegten Bauten der Industrie. Wir gewannen den Eindruck, als seien die Spitzen der Stadtverwaltung persönlich dynamischer und aggressiver als manche der Industrievertreter, denen wir begegnet waren. Es schien uns, die Stärkung der Industrie von Borås sei vielleicht nicht nur ein Finanz- und Steuerproblem. Gerade in alten Firmen, die mit einzelnen Familien eng verbunden sind, mag es oft schwierig sein, wirklich fähige Führungskräfte an die Spitze der Unternehmensleitung zu bringen. Eventuell liegt die Hauptschwäche der gefährdeten Unternehmen darin, daß es ihnen nicht gelang, die Talentreserven zu mobilisieren, die sich nun in der Politik ein Betätigungsgebiet geschaffen haben. Der Wettkampf, der sich zwischen Gemeinde, Staat und Industrie über die Verwendung des Wirtschaftsertrages abspielt, wird ja kaum nur von politischen Dogmen beeinflußt, sondern ist weitgehend auch eine Frage der persönlichen Durchschlagskraft der innerhalb der verschiedenen Gruppen an der Spitze stehenden Individuen. Anderseits bildet ihr großer politischer Erfolg eine gewisse Gefahr für die Gewerkschaften. Sie kanalisieren unter Umständen einen zu großen Teil der schwedischen Talentreserven in die Politik hinein und schwächen damit indirekt die Durchschlagskraft der Wirtschaft. Die intensive Beschäftigung zum Beispiel mit Investitionsfragen und der rapide Aufschwung gewerkschaftseigener Betriebe deuten jedoch darauf hin, daß die Gewerkschaftsbewegung selbst diese Gefahr spürt und ihr zu begegnen sucht.

Dr. Waldemar Jucker, Bern.